

Herrn Cem Özdemir
Herrn Manuel Hagel

21.04.2026

Koalitionsverhandlungen

Sehr geehrter Herr Özdemir,
sehr geehrter Herr Hagel,

im Rahmen der Koalitionsverhandlungen werden Sie wohl bereits in dieser Woche zentrale Weichen für die kommenden Jahre der Weiterentwicklung für Baden-Württemberg stellen. Kommunale Belange durchziehen dabei nahezu alle politischen Handlungsfelder. Insbesondere finanzpolitische Entscheidungen entfalten unmittelbare und teils gravierende Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte, die bereits jetzt in den meisten Städten und Gemeinden keinen Handlungsspielraum mehr zulassen.

Die kommunalen Landesverbände können hier sicherlich nicht den Anspruch haben, systematisch an den Verhandlungstischen eingebunden zu werden, haben aber über vielfältige Kontakte zahlreiche Angebote gemacht, den Verhandlungsteams rund um die Uhr für die Reflexion zu Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit der Lösungsvorschläge zur Verfügung zu stehen. Dieses Angebot will ich für den Städtetag, aber auch ganz persönlich, nochmals ausdrücklich erneuern. Denn es sind es die Kommunen, die die meisten der Ergebnisse vor Ort umsetzen werden, tagtäglich die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens sicherstellen, die Daseinsvorsorge gewährleisten und den verlässlichen Rahmen für das gesellschaftliche Zusammenleben schaffen. Das kann nur funktionieren, wenn das Land die Kommunen als Partner auf Augenhöhe akzeptiert und uns in die Erarbeitung realistischer Lösungsansätze einbindet.

Angesichts der ersten Details zu den angedachten Lösungswegen zum Beispiel in Bezug auf das verpflichtende und beitragsfreie letzte Kindergartenjahr sind wir hoch alarmiert. Neben den finanziellen Aspekten sind es vor allem unsere Erfahrungen der Situation vor Ort und hier insbesondere auch der jeweiligen Gruppen der Eltern, die es dringend gebieten, Ihre Entscheidungsansätze in allen Auswirkungen zu Ende zu denken und mit der Realität zu konfrontieren. Sie sind hier im Begriff, Entscheidungen mit weitreichenden Folgen für die kommunale Ebene zu treffen, ohne sich mit der praktischen Umsetzbarkeit vor Ort ausreichend befasst zu haben. Wenn die Kommunen die Versprechen der Landesregierung umsetzen sollen, dann muss die kommunale Expertise von Beginn an eingebunden und vor allem ernst genommen werden. Hier bieten wir aus-

drücklich einen realistischen, umfassenden und jederzeitigen Praxis-Check an.

Baden-Württemberg braucht einen Neuanfang. Dazu bedarf es auch einer realistischen Reflexion, welche Qualitäten in welchen Bereichen der Daseinsvorsorge wir GEMEINSAM noch realisieren oder von welchen wir uns GEMEINSAM verabschieden müssen. Wir als kommunale Landesverbände bieten seit Jahren an, diese Entscheidungen GEMEINSAM zu treffen und GEMEINSAM nach außen zu vertreten. Dieses Angebot ist bislang nicht angenommen worden, sondern wir wurden immer wieder aufs Neue mit durch uns wesentlich mit zu finanzierenden und deshalb unerfüllbaren Versprechungen konfrontiert und überfordert. Die dadurch entstehende öffentliche Ping-Pong-Kommunikation mit Vorwürfen und Schuldzuweisungen muss ein Ende finden. Nur dadurch schaffen wir es, eine unseren Finanzen angemessene Politik umzusetzen und gleichzeitig das Vertrauen der Menschen, für die wir GEMEINSAM verantwortlich sind, nicht aufs Spiel zu setzen. Nutzen Sie bitte ab JETZT dieses Angebot, Politik in und für Baden-Württemberg GEMEINSAM zu gestalten.

Die Einbindung der kommunalen Landesverbände kann nicht länger eine Frage des Wollens sein, sondern sie muss eine zwingende Voraussetzung für sachgerechte und nachhaltige Entscheidungen werden. Nutzen Sie unsere Bereitschaft, mit Ihrer Reformkoalition mit uns auch hier einen neuen Weg zu gehen – nehmen Sie uns von Beginn an gleichberechtigt in der gemeinsamen Verantwortung mit.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Frank Mentrup
Präsident des Städtetags Baden-Württemberg